

Die ersten Positionen sind bezogen

Schon vor der Landtagssitzung haben verschiedene Parteien und Organisationen Stellung zum Mobilitätskonzept bezogen. Ein Überblick.

Patrik Schädler

Verschiedene Parteien und weitere Organisationen haben sich vor der ersten Diskussion des Mobilitätskonzeptes im Landtag mittels Meinungsbeiträgen und Stellungnahmen an die Parlamentarier in Stellung gebracht. Vonseiten der Wirtschaftsverbände kommen grundsätzlich positive Signale. Wirtschaftskammer und LIHK begrüßen

den gesamtheitlichen Ansatz, bei dem auch die Verbesserung der Strasseninfrastruktur berücksichtigt wurde.

Dies im Gegensatz zu den Umweltschutzorganisationen wie etwa der Liechtensteinschen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) und dem Verkehrsclub Liechtenstein (VCL). Sie begrüßen zwar alle Massnahmen, welche den öffentlichen Verkehr und die Infrastruktur

für Radfahrer verbessern, lehnen aber Strassenbauprojekte praktisch kategorisch ab.

Zwischen diesen zwei Spektren dürfte sich die weitere Diskussion mehrheitlich bewegen. Hier könnte die neu gegründete Interessensgemeinschaft «für ein attraktives mobiles Liechtenstein» einen wichtigen Vermittler spielen. Die Gruppierung, welche von Alt-Regierungschef-Stellvertreter Martin

Meyer, Altvorsteher Donath Oehry und dem Landtagsabgeordneten Johannes Kaiser geleitet wird, will vermitteln und die Regierung und Gemeinden in ihren Zielsetzungen «tatkräftig unterstützen».

Hinweis

Das Mobilitätskonzept 2030 der Regierung sowie sämtliche Beiträge zum Thema sind unter vaterland.li/416393 zu finden.

Parteien: VU und FBP einig, Opposition gespalten

Die ersten Rückmeldungen der Parteien zum Mobilitätskonzept 2030 waren grundsätzlich positiv. Und es dürfte in einer ganzheitlichen Betrachtung zumindest bei den Regierungsparteien VU und FBP den nötigen Rückhalt haben. Bei der Opposition steht die S-Bahn im Zentrum der ersten Äusserungen. Die Freie Liste sieht die S-Bahn «als Rückgrat der zukünftigen Mobilität». Für die Unabhängigen

(DU) ist dies genau die grösste Gefahr. Die Unabhängigen befürchten, dass am Ende nur die S-Bahn kommt und die anderen Massnahmen, insbesondere die Strassenprojekte, anschliessend von den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verhindert würden. Aus diesem Grund wollen die DU das Referendum gegen die S-Bahn ergreifen. Bei der DpL ist die Haltung noch nicht völlig klar.

Wirtschaft: Ganzheitlicher Ansatz wird begrüsst

Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer begrüsst den ganzheitlichen Ansatz des Mobilitätskonzept 2030. «Die LIHK ist überzeugt davon, dass nur durch ein Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsträger zukunftsorientierte, langfristige und kluge Lösungen gefunden werden können», erklärt sie im Vorfeld der ersten Debatte. Auch die Wirtschaftskammer

begrüsst das Konzept «als grossen Blumenstrauss». Doch sie kritisiert die LGU und den VCL heftig, dass sie nur die S-Bahn umsetzen wollen, und bezichtigt sie der «Rosinenpickerei».

Für die Wirtschaftskammer steht eindeutig fest, «dass eine S-Bahn nur eine Zustimmung beim Stimmvolk erhalten wird, wenn gleichzeitig auch alle anderen Massnahmen umgesetzt werden».

LGU und VCL: Alles o. k. – einfach keine neuen Strassen

Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) und der Verkehrsclub Liechtenstein begrüßen alle Massnahmen im Mobilitätskonzept, welche den öffentlichen Verkehr und den Fuss- und Radverkehr verbessern wollen.

Doch alle Massnahmen, welche den motorisierten Individualverkehr betreffen,

werden von den beiden Umweltschutzorganisationen fast schon kategorisch abgelehnt. So schreibt die LGU: «Aus diesem Grund empfiehlt die LGU dem Landtag, keinerlei Massnahmen zu beschliessen, welche die Gefahr in sich bergen, dass der motorisierte Individualverkehr erleichtert wird und in der Folge zunimmt.»

Überparteiliche Gruppierung will vermitteln und unterstützen

Die Stossrichtung der Regierung kann man zugespitzt mit «ganz oder gar nicht» zusammenfassen. Sie möchte mit dem Mobilitätskonzept Verbesserungen bei allen Verkehrsträgern erreichen. Doch gerade beim S-Bahn-Projekt wird es noch Überzeugungsarbeit benötigen. Hier will die Interessensgemeinschaft «für ein at-

traktives mobiles Liechtenstein» vermitteln und unterstützen.

Die Gruppierung konnte zahlreiche ehemalige und aktive Entscheidungsträger in allen Gemeinden für sich gewinnen. Die IG will die «Chance der Weichenstellung in eine positive Mobilitäts-Zukunft» nutzen und mitgestalten.



Glücklicherweise kein Alltagsbild. Doch wenn die Autobahn gesperrt ist, wie hier am 24. Oktober 2019, dann steht alles still. Mit gezielten Massnahmen will die Regierung Abhilfe schaffen. Bild: D. Schwendener

Die Timeout-Schule öffnet ihre Türen in Corona-Zeiten

Wenn der Fernunterricht überfordert oder familieninterne Probleme auftauchen, haben Jugendliche eine Anlaufstelle.

Seit über zehn Jahren gibt es in Gamprin die Timeout-Schule (TOS). Ihr Ziel ist es, Jugendlichen, die sich im regulären Schulsystem und in der Klasse nicht mehr zurechtfinden und Probleme haben, während 12 bis 24 Wochen dabei zu helfen, sich wieder in die Stammklasse und ihr soziales Umfeld zu integrieren. Wegen der Corona-Krise sind noch bis zum 11. Mai alle Bildungseinrichtungen in Liechtenstein komplett geschlossen. Das gilt, was den eigentlichen Unterricht anbelangt, auch für die Timeout-Schule. Allerdings bietet die TOS derzeit eine Betreuung an, um belastete Familien zu entlasten.

Die Timeout-Schule ermöglicht den Schülern wöchentlich eine gewisse Präsenzzeit im Klassenzimmer. Damit wird den Jugendlichen eine Tagesstruktur gegeben und Probleme können aufgefangen werden. Schon eine Woche nach der Schulschliessung hat sich die

TOS zudem entschlossen, ihr Angebot auf alle Jugendlichen der ersten bis vierten Sekundarstufe auszuweiten, die vor der Schulschliessung kein auffälliges Verhalten an den Tag gelegt hatten, mit der aktuellen Situation aber zunehmend Mühe haben. Mit Erfolg.

Zurück ins Klassenzimmer für eine Tagesstruktur

Momentan nutzen insgesamt zehn Jugendliche das freiwillige Angebot der Timeout-Schule. «Diese haben vor allem Schwierigkeiten mit dem Fernunterricht, sind überfordert oder haben situationsbedingt familieninterne Probleme», weiss Corina Dürr, Schulleiterin der TOS.

Die Jugendlichen werden zwei bis drei Mal pro Woche von einer Lehrperson und einem Sozialpädagogen unter anderem bei der Erledigung ihrer schulischen Aufgaben unterstützt. «Die meisten Jugendlichen nehmen dafür ihre



Derzeit betreut die Timeout-Schule in Gamprin zehn Schüler.

Bild: Tatjana Schnalzger

eigenen Laptops mit, um effizient arbeiten zu können», sagt Dürr. Die Sicherheitsmassnahmen werden dabei grossgeschrieben. In den Klassenzimmern wird laut der Schulleiterin darauf geachtet, dass der Mindestabstand eingehalten wird. Als weitere

Schutzmassnahme bittet Corina Dürr die Eltern, ihre Kinder wenn möglich selbst mit dem eigenen Fahrzeug nach Gamprin zu bringen, um unnötige Kontakte zu vermeiden. Auch würden die beiden Lehrpersonen nie gleichzeitig arbeiten. «Dieses System funktioniert

gut», sagt Corina Dürr. Das Angebot der TOS besteht nunmehr seit Mitte März 2020 und soll bis zum 18. Mai dieses Jahres – wenn die Schulen voraussichtlich ihren Normalbetrieb wieder aufnehmen – aufrechterhalten bleiben. «Schülern, denen es schwerfällt, wieder in ihre Stammklassen zurückzukehren, können auf Wunsch und in Absprache mit allen Beteiligten in die Timeout-Schule aufgenommen werden», erklärt die Schulleiterin.

Momentan vereinfachte Aufnahme in TOS möglich

Damit ein Jugendlicher grundsätzlich das Angebot der Timeout-Schule nutzen kann, muss von der jeweiligen Schule ein Antrag bei der TOS eingereicht werden. Die Eltern werden in diesen Prozess mit einbezogen. Wie es vonseiten des Schulamts heisst, haben einige Schüler eine Vorgeschichte, kämpfen sowohl zu Hause wie auch in der Schule mit Schwierigkeiten und stehen deshalb bereits in Kontakt mit der Schulsozialarbeit. Bevor der Schritt für die Betreuung in der TOS vollzogen wird, sind allerdings noch eine Reihe weiterer Abklärungen nötig.

Umso mehr werde das pandemiebedingte freiwillige Angebot der TOS von den Schulen sehr geschätzt. «Sie sind froh, eine Anlaufstelle zu haben, wo sich die Jugendlichen physisch und individuell betreut wissen», erklärt die Arbeitsgruppe Kinderbetreuung, die vom Stab Coronavirus ins Leben gerufen wurde und der – unter der Leitung des Ministeriums für Gesellschaft – das Amt für Soziale Dienste und das Schulamt angehören.

Auch die Jugendlichen seien dankbar, dass sie in ihrer Situation nicht allein gelassen und entlastet werden würden, ergänzt die Arbeitsgruppe Kinderbetreuung.

Julia Kaufmann